



Stadtilm Schwerer Unfall nach riskantem Überholmanöver

► SEITE 15



Arnstadt Neue Geschäfte beleben das Zentrum

► SEITE 15

LEITARTIKEL

Ein lösbares Problem



FRANK SCHAUKA über Spekulation mit Landwirtschaftsbetrieben

Nach Auskunft des Landesbauernverbandes gehen durch Siedlung, Verkehr und Naturschutz in Thüringen jeden Tag 8,3 Hektar einer landwirtschaftlichen Nutzung verloren. Vor vier Jahren waren es noch 2,3 Hektar pro Tag.

Zudem haben nach Immobilien- und Wirtschaftskrisen auf der ganzen Welt überregional bis international agierende Finanzinvestoren den Agrarsektor als profitables Wertanlage- und Spekulationsobjekt für sich entdeckt.

Es ist also absehbar, dass Preise für Pacht und Kauf von Agrarflächen weiter steigen werden.

Traditionelle Landwirtschaftsbetriebe werden in dieser Konkurrenzsituation keine Chance haben, sofern nicht schnell auf diese Lage eine politische Antwort gefunden wird.

Wenn nun der Hinweis auftaucht, Agrarflächen seien grundsätzlich gegen Verkäufe an Nichtlandwirte geschützt, wirkt das wie ein politisches Ablenkungsmanöver. Der Hinweis ist nicht falsch, aber allenfalls die halbe Wahrheit. Und im Ganzen betrachtet, ist das Halbe hier sogar falsch.

Denn nicht der Verkauf einzelner Flächen ist das Problem. Dies zu verhindern, reicht das Grundstücksverkehrsgesetz prinzipiell meistens aus. Dessen Reglement müsste zudem konsequent übertragen werden auf den Bereich der Betriebsaufkäufe. Es kann nicht sein, dass Einzelflächen nicht an Nichtlandwirte verkauft werden dürfen, gesamte Agrarbetriebe mit allen Äckern und Feldern aber sehr wohl.

Die Gesetzgebungskompetenz in dieser Angelegenheit liegt nach Ansicht der Regierungsfractionen beim Land.

Die Lösung liegt also so nah!



Bildmontage: Peter Billeb

Die Grenzen der Erotik

Ein evangelischer Förderkreis schreibt einen Preis für erotische Literatur aus. Er bewegt sich damit im Spannungsfeld von „MeToo“ und „Shades of Grey“.

► SEITE 3

Finanzinvestoren greifen nach Ackerland in Thüringen

Bauernvertreter kritisiert Bodenspekulation mit Agrarflächen. Koalition will reagieren

VON FRANK SCHAUKA

Erfurt. Auswärtige Finanzinvestoren und Bodenspekulanten kaufen in Thüringen zunehmend Agrarbetriebe samt der dazugehörigen Äcker und Felder auf. In nur zehn Jahren, von der US-Immobilienkrise 2007 bis 2016, stieg der Eigentumsanteil entsprechender Investgesellschaften in Thüringen von 8 auf 18 Prozent. Das geht aus dem aktuellen Report des Bundesforschungsinstituts für Ländliche Räume, Wald und Fischerei in Braunschweig hervor. Bis etwa 2025, sind Agrarexperten überzeugt, werde sich dieser Trend weiter verstärken.

Das Land Thüringen hat seine Möglichkeiten, diese Form des Agrarstrukturwandels per Gesetz zu unterbinden, bisher nicht genutzt. Nach Recherchen unserer Zeitung könnte sich das jedoch bald ändern.

„Wir wollen nicht, dass finanzstarke Geschäftsleute landwirtschaftliche Flächen oder Betriebe bzw. Anteile daran erwerben.“ Dies sollte Landwirten vorbehalten sein“, teilte der Bodenmarkt-Experte der SPD-Fraktion im Landtag, Frank Wernecke, auf Anfrage mit.

„Ich bin überzeugt, wir können das auf Länderebene regeln“, zeigt sich die Agrarexpertin der Linken, Johanna Scheringer-Wright, zuversichtlich. Und Olaf Müller, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen, sagte: „Die Entwicklung ist besorgniserregend.“

Deshalb strebe man in Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen eine Landtagsinitiative für ein Agrarstruktursicherungsgesetz an. Auch die AfD ist dafür, die CDU partiell.

Das Agrarstruktursicherungsgesetz soll eine Regelungslücke schließen. Denn die Rechtslage ist so: Es gibt das Grundstücksverkehrsgesetz, welches den Handel mit Landwirtschaftsflächen strikt reglementiert. Danach muss jeder einzelne Flächenverkauf den Behörden angezeigt und von diesen genehmigt werden. Grundsätzlich gilt:

Agrarflächen dürfen nicht an Nichtlandwirte verkauft werden. Die Spekulation mit Agrarflächen zum Verkauf stehen, sondern gesamte Agrarbetriebe. Solche Transaktionen müssen keiner Behörde gemeldet werden. Es gibt dementsprechend weder eine Kontroll- noch eine Genehmigungsinstanz des Staates. Durch Verkäufe von Betrie-

ben und Betriebsanteilen sind in Mecklenburg-Vorpommern bereits 34 Prozent der Landwirtschaftsfläche in das Eigentum juristischer Personen übergegangen (in Thüringen 18 Prozent).

Ein Agrarstruktursicherungsgesetz soll eine gesetzliche Anzeige- und Genehmigungspflicht künftig auch bei Betriebsveräußerungen verankern.

„Die Politik schläft bisher“, kritisiert Reiko Wöllert aus Haina, Vorsitzender der Arbeits-

gemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland. „Über den Anteilsverkauf wird das Grundstücksverkehrsgesetz ausgehebelt.“ Das Agrarressort von Ministerin Birgit Keller (Linke) steht dem Vorhaben skeptisch gegenüber. Es fehle bisher eine wissenschaftlich basierte Faktenlage, um gesetzliche Eingriffe zu begründen, die den verfassungsrechtlich geschützten Besitz an Grund und Boden betreffen.

zwecks Steigerung der Rendite abgeschafft. Dadurch werden die natürlichen Stoff- und Wertungskreisläufe der Landwirtschaft zerstört.

Schlecht für Boden und Artenvielfalt ist auch der einseitige Anbau von Weizen, Raps und Mais, der nach einem Verkauf an Finanzinvestoren oft festzustellen ist.

Der Verkauf eines Landwirtschaftsbetriebes hat weitreichende Folgen



Blühende Rapsfelder in diesem Frühjahr. Foto: dpa

Der Erwerb durch Finanzinvestoren führt in der Regel zu Steuerausfällen in der Region, da Steuern meist am auswärtigen Firmensitz entrichtet werden.

Laut Thüringer Umweltministerium ergeben sich durch den Verkauf oft auch negative Folgen für die Umwelt: Da Tierhaltung teuer ist, wird sie

zwecks Steigerung der Rendite abgeschafft. Dadurch werden die natürlichen Stoff- und Wertungskreisläufe der Landwirtschaft zerstört.

Schlecht für Boden und Artenvielfalt ist auch der einseitige Anbau von Weizen, Raps und Mais, der nach einem Verkauf an Finanzinvestoren oft festzustellen ist.

Großer Andrang bei CDU-Treffen

Kandidaten stellen sich in Seebach vor

Seebach. Die aussichtsreichsten Kandidaten für Angela Merkels Nachfolge als CDU-Chefin haben sich in Seebach (Wartburgkreis) erstmals in einem ostdeutschen Bundesland den Fragen von Parteimitgliedern gestellt. Zur dritten Regionalkonferenz kamen 700 Teilnehmer – mehr als erwartet wurden. Landes-Generalsekretär Raymond Walk zeigte sich überwältigt. „Das wirkt über den Tag der Wahl hinaus“, sagte er. Die größten Chancen auf den CDU-Vorsitz werden Generalsekretärin Anegret Kramp-Karrenbauer, Ex-Unionsfraktionschef Friedrich Merz und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eingeräumt. CDU-Landeschef Mike Mohring bezeichnete die Vorstellungsrunden als „Riesen-Möglichkeit“. Die Veranstaltung dauerte bis nach Redaktionsschluss.

► THÜRINGEN, SEITE 2

Umstrittene Diesel-Kontrollen

Berlin. Nach Auffassung von Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter verstößt die geplante automatische Kontrolle von Diesel-Fahrverboten gegen das Grundgesetz. Der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), Kennzeichenerfassung zu nutzen, sei in seinen Augen „blanker Unsinn“. (fmg) ► WIRTSCHAFT, SEITE 6

Machnig verzichtet

Berlin. Der frühere Staatssekretär, SPD-Wahlkampfmanager und Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig verzichtet auf einen umstrittenen Spitzenposten bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Machnig habe erklärt, dass er nicht mehr zur Verfügung stehe und eine Aufgabe in der Wirtschaft übernehmen wolle, heißt es aus Regierung- und SPD-Kreisen. (fmg)

WETTER

Arnstadt

morgens mittags abends



TA-KONTAKT

Redaktion (0361) 227 51 18
Abo-Service (0361) 555 05 50
Anzeigen-Service (0361) 555 05 55
Ticket-Service (0361) 227 52 27

www.thueringer-allgemeine.de
www.thueringer-allgemeine.de/facebook
@TAOnline

Grippe-Impfstoff reicht nicht aus

Apothekerverband übt Kritik an Krankenkassen – die verweisen auch an die Hersteller

VON HANNO MÜLLER

Erfurt. Laut Thüringer Apothekerverband gehen die Vorräte zur Neige, Impfwillige müssten bald abgewiesen werden. Grund sei ein Mangel an Impfdosen auf dem Markt – aber auch die späte Planung mit den Kassen.

„Aktuell haben noch 10 bis 15 Prozent der Apotheken Restbestände an Grippeimpfstoffen, bei den Ärzten gibt es noch das, was die Praxen bereits eingelagert haben“, sagt Stefan Fink, Vorsitzender des Thüringer Apothekerverbandes.

Von einer flächendeckenden Bereitstellung könne nicht mehr die Rede sein, beim pharmazeutischen Großhandel und bei den Herstellern sei so gut wie nichts mehr da. Gründe für den frühen



Bundesweit seien schätzungsweise noch rund 100.000 Grippe-Impfdosen vorrätig. Foto: dpa

Engpass seien unter anderem die Reduzierung der Gesamtmenge von 20 Millionen Impfdosen auf nur noch 16 Millionen Einheiten in den vergangenen

vier Jahren sowie die größere Impfbereitschaft nach der Grippeperiode von 2017.

Verbandschef Fink, der selbst Inhaber einer Apotheke in Wei-

mar ist, übt auch Kritik an der AOK plus. Als Leitkrankenkasse für die Verhandlungen mit den Apothekern habe diese unter Verweis auf die Wirtschaftlichkeit zunächst die endgültigen Preisfestlegungen im August abgewartet, vorbestellt werden mussten die Impfstoffe aber schon im April. So sei Thüringen bei der bundesweiten Verteilung der Impfdosen ins Hintertreffen geraten und leide nun besonders unter Engpässen.

Laut AOK plus hat sich dagegen in erster Linie die Industrie verplankt. „Die Umverteilung und der EU-Import können die relative Knappheit sicher lindern, kausal lösen lässt sich das Problem nur mit mehr Menge seitens der Hersteller“, so Sprecherin Hannelore Strobel.

Anzeige

Spanische Weihnachtslotterie

GIBT'S NUR EINMAL IM JAHR: 2,3 MRD. €

Jetzt ab 4,99 € online tippen!

Lottoland.com

Ab 18. Chance auf Hauptpreis 1:100.000. Suchtgefahr. Mehr Info: bzga.de